

KURZ UND PRÄGNANT

AfD - parlamentarischer Arm der Nazis

Zur Veröffentlichung des Rechercheportals „thüringenrechtsausen“ zu Verbindungen zwischen AfD und der extrem rechten Szene sagte MdL Katharina König: „Hier ist belegt, wie eng Teile der AfD und der Neonazi-Szene zusammenarbeiten. Die AfD ist der parlamentarische Arm der Neonazis.“ Dass der Thüringer Verfassungsschutz erklärte, es gäbe keine Verbindungen zwischen der AfD und der Identitären Bewegung in Thüringen zeigt erneut die strukturellen Defizite einer nachrichtendienstlich organisierten Überwachung der rechten Szene gegenüber journalistischer Recherche und wissenschaftlicher Analyse.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte und an die Amadeu Antonio Stiftung vergebene Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ermöglicht, auf der Grundlage öffentlicher Daten solche Analysen zu erhalten. „Die gestiegenen Zahlen rechter und rassistischer Gewalt gehen auch auf das Konto der AfD, die durch die Verwendung rassistischer und völkischer Begriffe bis hin zur Sprache der Nationalsozialisten den Tätern Legitimation verschafft“, so die LINKE-Politikerin.

<https://thueringenrechtsausen.wordpress.com/2016/07/28/hintergrund-verbindungen-der-afd-zur-extremen-rechten-in-thueringen-13-beispiele/> ■

Qualität in der Pflege

Landtagsdebatte zu den Herausforderungen für Pflegeeinrichtungen und Familien

Über die Qualität in der Pflege hatte der Thüringer Landtag in einer seiner letzten Sitzungen vor der Sommerpause debattiert, nachdem sich der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit intensiv mit dem Thema befasst und auch eine Anhörung durchgeführt hatte. Dabei herrschte Einigkeit, die Herausforderungen für die Gesellschaft, die Pflegeeinrichtungen und die Familien sind enorm und werden weiter wachsen.

Auf den Fachkräftemangel und die Bezahlung der Beschäftigten eingehend, hatte der CDU-Abgeordnete Jörg Thamm gesagt, dass die Einführung des Mindestlohns schon eine gute Voraussetzung sei: „So verdient 2016 eine Pflegekraft 9 Euro pro Stunde und ab 2017 9,50 Euro pro Stunde im Osten. Es ist natürlich auf Dauer auch nicht nachvollziehbar, dass ein Mitarbeiter in der Altenpflege in Thüringen circa 600 Euro weniger verdient als ein Mitarbeiter in Hessen oder auch in der Kranken- und Kinderpflege.“

In der Bezahlung spielten auch die Pflegesätze eine wichtige Rolle. Diese würden zwar seitens der Pflegekassen und Sozialhilfeträger mit den Einrichtungen verhandelt, „aber höhere Sätze müssen zu 100 Prozent von den Pflegenden getragen werden – über diese Mehrkosten und wer diese tragen wird, wäre eine offene und ehrliche Diskussion notwendig“. Der Abgeordnete der Linksfraktion, Jörg Kubitzki, Geschäfts-

führer der Gemeinnützigen VdK Sozialdienstleistungs- und Service GmbH in Mühlhausen (ambulante Pflege, Behinderten- und Familienhilfe), unterstrich in seiner Rede: „Wir brauchen einen allgemein verbindlichen Branchentarifvertrag. Viele zahlen nach Tarif, aber wie ist dieser Tarif auch oft in der Wohlfahrtspflege ausgestaltet? Das bekomme ich mit, wenn ich mit Bewerberinnen, die von einem anderen Pflegedienst kommen, der auch nach sogenanntem Tarif bezahlt, Einstellungsgespräche führe.“

Zahl der Pflegehilfsempfänger ist um 60 Prozent gestiegen

Wenn der Tourenplan, so der Abgeordnete weiter, „Früh um 6.30 Uhr beginnt und entsprechend der Planung um 11.00 Uhr endet, dann wird die Zeit von 6.30 bis 11.00 Uhr bezahlt. Wenn sich in dieser Tour Komplikationen ergeben und die Kollegin kommt erst um 12.00 Uhr rein, bekommt sie die Bezahlung bis 11.30 Uhr. So etwas gibt es und das ist sogar tariflich verankert.“

Es gibt tarifliche Verankerungen und Bezahlungen, da wird die Wegezeit zwischen den Patienten gar nicht als Arbeitszeit gerechnet. Da wird die Pflegedokumentation nicht als Arbeitszeit gerechnet. Solche Sachen gibt es in Thüringen, das ist Realität. Wir brauchen einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag, mit dem solche Ausflüchte und solche Hintertürchen nicht mehr möglich sind.“

Mit Verweis auf Angaben der Techniker Krankenkasse machte die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Babett Pfefferlein, darauf aufmerksam, dass die Thüringer im Vergleich zu anderen Bundesländern einen der geringsten Eigenanteile bei den Pflegeheimkosten zahlen. So sei die Zahl der Pflegehilfsempfänger von 2005 bis 2013 um über 60 Prozent gestiegen, die dritthöchste Wachstumsrate im Ländervergleich. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Projekten zur Gesundheitsförderung in der Pflege gehe aus dem AOK-Pflegereport 2016 hervor, „dass die meisten pflegenden Angehörigen die zusätzlichen Leistungsangebote der gesetzlichen Pflegeversicherung zwar kennen, diese aber kaum nutzen. Zudem sagt jeder vierte Pflegehaushalt, der weder Pflegedienst noch Tagespflege oder Kurz- oder Verhinderungspflege in Anspruch nimmt, dass er genau diese Leistung eigentlich benötigte. Hier braucht es eine bessere Informationsarbeit und eine unabhängige Beratung sowohl für Gepflegte als auch für Angehörige.“

24 Prozent der Bevölkerung Thüringens sind über 65 Jahre. Die Prognose für das Jahr 2035 besagt, 34,4 Prozent der Bevölkerung werden dann 65 Jahre und älter sein und der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen wird bis dahin noch mal um 11,2 Prozent auf dann 49,2 Prozent sinken. Zahlen, auf die die SPD-Politikerin Birgit Pelke hinwies. Man könne es auch so sagen, „in 20 Jahren muss die eine Hälfte der Thüringer Bevölkerung für die andere Hälfte Sorge tragen“. Es gehe um eine bedarfsgerechte und dauerhaft soziale Infrastruktur auch in den Kommunen, damit die Menschen lange zu Hause bleiben können. „Die Familie muss bei der Sorgearbeit entlastet und unterstützt werden und es muss auch immer schnell und konkret ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen.“

Besonderes Augenmerk auf pflegende Angehörige

Ministerin Heike Werner (LINKE) betonte in der Debatte das besondere Augenmerk der Landesregierung auf Familien, die pflegende Angehörige haben. „Wir arbeiten daran, Pflegelotsen für die Unternehmen auszubilden gemeinsam mit der Ehrenamtsstiftung. Es gibt einen sogenannten Pflegekoffer, mit dem sich Menschen informieren können über die Möglichkeiten der Unterstützung. Dieser soll im Herbst online stehen und ich denke, das wird eine gute Bereicherung im Bereich der besseren Information sein.“ Auch bleibe die Umsetzung des Thüringer Pflegepakts und daraus entstehender weiterer Initiativen eine Herausforderung für alle Beteiligten. „Strukturelle Änderungen sind nicht von heute auf morgen umsetzbar. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess, der Zeit braucht“, so die Ministerin.

Erfreulicher Weg aktiver Arbeitsmarktpolitik in Thüringen

Mit Blick auf die von Ministerin Heike Werner gezogene erste Bilanz zur Umsetzung der Landesarbeitsmarktpolitik begrüßte die LINKE-Abgeordnete Ina Leukefeld den „erfreulichen Thüringer Weg aktiver Arbeitsmarktpolitik“.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin verwies auf die Ergebnisse des Landesprogramms Arbeit für Thüringen (LAT) „und unseres Kernprojektes zur Integration von Langzeitarbeitslosen in einen sozialen Arbeitsmarkt“, das Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ (ÖGB). Dafür stehen 2016/17 insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung. Sie bestätigte, dass „allerdings der Bedarf nach diesen Arbeitsplätzen viel höher ist“, und bedauerte die eingeschränkten Bewilligungsmöglichkeiten. „Was Arbeitsministerium, Jobcenter und GfAW ermöglichen, wird durch das Finanzministerium wieder begrenzt, sodass längerfristige und nachhaltige Fördermaßnahmen oft nicht möglich sind.“

Während im Programm „Arbeit für Thüringen“ vor allem zielgruppenspezifische Projekte für Flüchtlinge, Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende gefördert werden, sind es im Programm öffentlich geförderte Beschäftigung vor allem langzeitarbeits-



In einem Fachgespräch mit Akteuren und Betroffenen noch vor der Sommerpause hatten die arbeitspolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen darüber beraten, wie die weitere Umsetzung der Programme unbürokratischer und wirksamer erfolgen kann, und dabei viele Anregungen entgegengenommen.

lose Menschen. Hier konnten 206 Anträge bis zum 30.06.16 für 486 Teilnehmer bewilligt werden.

„313 Plätze sind vor allem Maßnahmen als 1,50-Euro-Jobs der Gemeinwohlarbeit. Solche Projekte müssen aber weiterentwickelt werden zu sozialversicherungsrechtlichen und existenzsichernden Arbeitsplätzen – möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dafür macht sich DIE LINKE besonders stark.“ Gespannt ist Ina Leukefeld auf

die im Herbst geplante Evaluation insbesondere zum Modellprojekt „Mehr wert schaffen – Mehr wert sein“ des Ilm-Kreises, wo der durch den Bund verhinderte „Passiv-Aktiv-Transfer“ zur Bündelung aller finanziellen Mittel in kleinerem Maßstab praktiziert wird. „Wenn das klappt, werden wir mit diesem Beispiel den Druck auf den Bund verstärken, um die Fördergelder effizienter für Betroffene und die zu leistende Arbeit einzusetzen.“ ■